

„Wir verstehen uns nicht als Missionare“

Landtag NRW pflegt intensive Kontakte mit fünf EU-Beitrittsländern

Mit dem 1. Mai sind zehn neue Mitgliedsstaaten aus Mittel- und Osteuropa in das „Haus Europa“ eingezogen. Mit fünf dieser Länder unterhält der Landtag intensive Kontakte durch Parlamentariergruppen: Landtag intern sprach mit den Vorsitzenden der Deutsch-Slowakischen, Dr. Frank Freimuth (SPD), der Deutsch-Baltischen, Jan Söffing (FDP), und der Deutsch-Polnischen, Edith Müller (GRÜNE).

Die EU-Osterweiterung beschleunigt den Aufbau der parlamentarischen Strukturen und der Demokratie in den neuen Beitrittsländern. Was haben die Parlamentariergruppen des Landtags dazu geleistet?

Dr. Freimuth: Im Rahmen ihrer Möglichkeiten viel. Wir stehen in einem regen Kontakt mit unserem Partnerland. Meine Stellvertreterin im Vorsitz der Parlamentariergruppe, Jutta Appelt, und ich waren noch vor kurzem in der Slowakei. Am Beispiel der deutsch-slowakischen Parlamentariergruppe lässt sich belegen, dass fast alle der ihr angehörenden Abgeordneten vielfältige und direkte Kontakte zu Kolleginnen und Kollegen des slowakischen Parlaments aufgebaut und sich sehr aktiv für die Aufnahme der Staaten Ostmitteleuropas in die Europäische Union eingesetzt haben. An den Treffen der deutsch-slowakischen Parlamentariergruppe hier im Düsseldorfer Landtag nehmen außerdem zahlreiche kompetente Persönlichkeiten aus unterschiedlichsten Lebensbereichen teil, die für die

engagierte Zusammenarbeit mit der Slowakei stehen. Besonders gefreut hat uns natürlich der Besuch des Staatspräsidenten der slowakischen Republik bei Parlamentspräsident Ulrich Schmidt und uns im vergangenen Jahr.

Söffing: Neben Wirtschaft und Kultur war auch Politik ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Wenn man versucht, sich den osteuropäischen Ländern zu

nähern, setzt das voraus, dass man sich auch mit der Denkweise der Menschen vertraut macht. Dazu hatten wir uns Politiker aus den Beitrittsländern eingeladen. Zum einen hatten wir Lennert Meri, den ehemaligen estländischen Staatspräsidenten, zu Gast, zum anderen Vytautas Landsbergis, den ehemaligen Staatspräsidenten aus Litauen. Es war für die Parlamentariergruppe hochinteressant, aus erster Hand zu erfahren, wie die beiden das vorherige Regime, den Umbruch und schließlich auch den demokratischen Neubeginn erlebt haben. Das war überhaupt die Basis dafür, um politische Hilfestellung leisten zu können, auch wenn dies bei einer kleinen Parlamentariergruppe nur sehr beschränkt möglich ist. Wichtig war und ist es für uns, nicht als Missionare aufzutreten, die den Staaten etwas überstülpen wollen. Was für uns selbstverständlich ist, ist nicht auto-

matisch für die Menschen im Baltikum verständlich.

Müller: Auslöser für die Gründung der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe waren die Verhandlungen über den rot-grünen Koalitionsvertrag im Jahre 2000. Hier tauchte ein Abschnitt über die Intensivierung der Beziehungen zu unserer Partnerregion Schlesien auf. Damals habe ich mir überlegt, die ganze Zusammenarbeit mit Polen kann eigentlich nicht nur als Auftrag der Regierung formuliert werden. Daraus entstand die Idee, das, was die Regierung an Verträgen und Kooperationen mit Schlesien eingeht, parallel auch auf parlamentarischer Seite zu begleiten. Unsere Gruppe tritt bescheiden auf. Wir haben keinen eigenen Etat, wir tagen auch nicht öffentlich. Wir verstehen uns als ein Baustein im großen Netzwerk der deutsch-polnischen Beziehungen. Unsere Aufgabe ist es, für die

Idee der deutsch-polnischen Nachbarschaft und Freundschaft und jetzt eben auch für die deutsch-polnische Zusammenarbeit in der EU zu werben. Zu diesem Zweck haben wir beispielsweise 2001 auf Einladung des polnischen auswärtigen Amtes eine Informationsreise mit Stationen in Warschau, Kattowitz und Krakau unternommen.

Welche Aufgaben kommen auf die Parlamentariergruppen in NRW zu?

Dr. Freimuth: Zum ersten die allgemeine Zielperspektive der europäischen Integration. Die EU Osterweiterung bietet die historische Möglichkeit einer auf Frieden ausgerichteten europäischen Innenpolitik, in der die Vielfalt der Staaten und Kulturen zur Geltung kommt. Die zweite Ebene umfasst vor allem wirtschaftspolitische Kontakte. Die dritte ist die der menschlichen Begegnung und des Aufbaus von persönlichem



Jan Söffing (FDP)



Dr. Frank Freimuth (SPD)

Polen

Estland

Lettland

Vertrauen. Eine gute Basis sind die bestehenden Städte-, Schul- und Unipartnerschaften, die Jugendbegegnungen sowie der Sport- und Kulturaustausch.

Wir haben unsere Ziele in einem „Letter of Intent“ festgehalten, den wir im Juni gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen im slowakischen Parlament in Bratislava unterzeichnen wollen. Bei der Festigung der noch jungen Demokratie braucht die Slowakei mehr denn je verlässliche Freunde. Sie macht zurzeit eigene Erfahrungen, die aktuell auch für Irritationen sorgen. Ich habe aber keinen Zweifel, dass die demokratischen Strukturen das aushalten.

Söffing: Dass sich mit der Erweiterung jetzt schlagartig etwas für uns verändert hätte, ist sicherlich nicht der Fall. Wir werden unsere Arbeit fortsetzen, die wir uns vorgenommen haben. Die Schwerpunkte habe ich bereits genannt. Darüber hinaus ist eine Reise der Parlamentariergruppe ins Baltikum angedacht, um vor Ort unsere Eindrücke, die wir bislang gewonnen haben, mit der Realität abzugleichen.

Müller: Ich gehe davon aus, dass sich für uns nicht sehr viel ändern wird. Wir werden so weiterarbeiten wie bisher. Schließlich haben wir bereits lange vor dem Beitritt Kontakte aufgebaut. Neu ist die Tatsache, dass wir ab jetzt in Brüssel kooperieren können. Am 13. Juni sind Europawahlen. Dann wird es erstmalig auch polnische Abgeordnete im Europaparlament geben. Wir sollten also im Blickfeld haben, dass wir die politische Willensbildung jetzt gemeinsam in Brüssel betreiben können.

Für den schwedischen Möbelgiganten Ikea ist Polen einer der wichtigsten

Produktionsstandorte, Waschmaschinen kommen aus Slowenien, Fertighäuser aus Tschechien. Beflügelt „Made in Osteuropa“ jetzt auch den NRW-Markt und damit die NRW-Politik?

Parlamentariergruppen

Der Landtag NRW unterhält vielfache Kontakte zu Partnerländern in der ganzen Welt. Indiz hierfür sind die zahlreichen Parlamentariergruppen – mittlerweile sind es neun –, die sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten im Parlament gebildet haben. Damit nimmt NRW unter allen Landtagen eine Vorreiterrolle ein. Ziel aller Gruppen, denen neben Abgeordneten aller Fraktionen teilweise auch Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Kultur angehören, ist es, die bilateralen Kontakte mit dem jeweiligen Partnerland im gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und kulturellen Bereich auszubauen und ein Netzwerk der Beziehungen zu knüpfen. Auf Betreiben von Landtagspräsident Ulrich Schmidt gründete sich am 12. Mai 1987 als erste Parlamentariergruppe die Deutsch-Israelische mit rund 40 Mitgliedern. Es folgten die Deutsch-Palästinensische, die Deutsch-Russische, die Deutsch-Amerikanische, die Deutsch-Türkische und die Deutsch-Chinesische, die sich erst Ende Januar des Jahres konstituierte. Zudem pflegt der Landtag durch die Deutsch-Polnische (seit 29. September 2000), die Deutsch-Baltische (seit 26. Juni 2002) und die Deutsch-Slowakische (seit 20. November 2002) Partnerschaften mit fünf der zehn neuen EU-Beitrittsländer.

Dr. Freimuth: Ja, auch die nordrhein-westfälische Wirtschaft profitiert. Die slowakische Republik ist für NRW bereits heute ein interessanter Partner. Das wird sich sehr bald noch deutlicher zeigen.

Söffing: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen NRW und Osteuropa ist traditionell gut geworden in den letzten

zehn Jahren. Ich erwarte, dass mit der wirtschaftlichen Prosperität gleichzeitig auch die politische Stabilität in den neuen Beitrittsstaaten wachsen wird. Diesen Prozess müssen wir weiter fördern. Zum anderen ist die Entwicklung dieser Länder für unser Land unheimlich interessant. Beispiel Estland, Stichwort Internet: Hier sind uns die Esten um Lichtjahre voraus. Wir dürfen also nicht so überheblich sein zu glauben, nur wir könnten dem Osten etwas beibringen. Wir können uns andersherum auch eine ganze Menge abgucken. Diese Dynamik und die Aufbruchsstimmung ist etwas, was uns hier in NRW und in ganz Deutschland fehlt. Wenn sich davon etwas auf unsere Gesellschaft übertragen würde, hätten wir schon viel gewonnen. Ich möchte andererseits nicht verhehlen, dass der

Druck auf die NRW-Wirtschaft größer werden wird, wenn wir Länder vor der Tür haben, die billiger produzieren als wir. Ich sehe dies jedoch als Herausforderung.

Müller: Die festen wirtschaftlichen Kontakte zwischen NRW und Polen bestehen bereits seit vielen Jahren. Auch für die Wirtschaft ändert sich also fast gar nichts. Der Beitritt war in erster Linie ein historisches Datum und stellt einen Endpunkt nach langjährigen Verhandlungen dar. Wir müssen weiterhin unsere Stärken stärken. Unsere Stärke ist es nun mal nicht, mit billiger Arbeitskraft gute Produkte herzustellen. Das können eher die neuen Beitrittsländer leisten. Ich rate in diesem Zusammenhang zu mehr Gelassenheit. Ich glaube nicht, dass künftig massenweise Arbeitsplätze in NRW verloren gehen, weil verstärkt in Polen produziert wird. Im Gegenteil: Alles, was im Binnenmarkt produziert wird, wirkt sich auch positiv auf unsere Wirtschaft aus. Unhaltbar ist auch die Unterstellung, durch die Erweiterung würden erhebliche Migrationsprozesse in Gang gesetzt.



Edith Müller (GRÜNE)

Fotos: Schälte

Die Interviews führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.